



Der ehemalige Drogeriekettenbesitzer Anton Schlecker erhielt am Landesgericht Stuttgart wegen Bankrotts eine Bewährungsstrafe.

Foto: APA/ Murat

Ex-Drogeriekönig muss nicht hinter Gitter

Bewährung für Anton Schlecker, Freiheitsstrafen für seine Kinder, Zivilverfahren gegen Ehefrau folgt in zwei Wochen in Linz.

Stuttgart – Im Prozess gegen den insolventen Drogeriegründer Anton Schlecker hat das Landgericht Stuttgart eine zweijährige Bewährungsstrafe verhängt. Seine beiden Kinder sollen nach dem Urteil des Gerichts vom Montag hingegen mehrere Jahre ins Gefängnis. Lars Schlecker erhielt zwei Jahre und neun Monate Haft, Meike Schlecker zwei Jahre und acht Monate.

Anton Schlecker soll zudem eine Geldstrafe von 54.000 Euro zahlen, wie das Gericht urteilte. Dem 73-Jährigen war ein schwerer Bankrott vorgeworfen worden. Außerdem soll er trotz drohender Insolvenz seine Kinder mit Millionenvermögen bedacht haben. Die

Staatsanwaltschaft hatte drei Jahre Haft für Schlecker gefordert. Die Drogeriemarktkette hatte 2012 Insolvenz angemeldet, rund 25.000 Beschäftigte verloren ihre Arbeitsplätze. Im März begann der Prozess in Stuttgart.

Unter anderem wegen Insolvenzverschleppung und Betrugs sollen Lars und Meike Schlecker ins Gefängnis. Den Schlecker-Kindern hatte die Tochterfirma LDG gehört, über die Schlecker die gesamte Logistik der Drogeriefilialen abwickelte. Das Gericht sah in ihrem Fall nicht nur den Vorwurf des Bankrotts als erwiesen an, sondern darüber hinaus Beihilfe zum Bankrott, Insolvenzverschleppung und Untreue. Die Staatsanwalt-

schaft hatte drei Jahre Haft für Anton Schlecker sowie 34 Monate für Lars und 32 Monate für Meike Schlecker gefordert. Die Verteidigung hatte das für völlig überzogen gehalten.

Eine Rettung der Drogeriemarktkette schlug 2012 fehl. Um die Pleite an sich ging es allerdings nicht vor Gericht – sondern um die Frage, wann Schlecker die drohende Zahlungsunfähigkeit erkannt hat oder hätte erkennen müssen. Als so genannter Einzelkaufmann haftete er mit seinem privaten Vermögen für das Unternehmen. Von diesem Zeitpunkt an hätte er daher kein Geld mehr aus dem Konzern ziehen oder privat an andere übertragen dür-

fen. Mitte November hatten der Ex-Firmenchef und seine Kinder noch einmal vier Millionen Euro an den Insolvenzverwalter gezahlt, die in die Insolvenzmasse fließen sollten – zur Wiedergutmachung des Schadens. Zuvor hatte die Familie schon zehn Millionen Euro an den Verwalter überwiesen. Insgesamt haben die Gläubiger mehr als eine Milliarde Euro an Forderungen angemeldet.

In zwei Wochen beginnt in Linz ein Zivilverfahren gegen Schleckers Ehefrau Christa und die beiden Kinder, in dem es um Schadenersatzforderungen des Insolvenzverwalters der ehemaligen Schlecker-Tochterfirma Dayli geht. (APA, dpa)

Glyphosat bleibt weitere fünf Jahre

18 EU-Staaten haben gestern für eine Verlängerung der Zulassung des umstrittenen Unkrautvernichters gestimmt.

Brüssel – Nach monatelangem Tauziehen hat gestern nun doch eine Mehrheit der EU-Staaten für eine Verlängerung der Zulassung des umstrittenen Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat gestimmt. Österreich war dagegen. Umweltschutzorganisationen kritisieren die Entscheidung massiv.

Damit endet ein Patt der EU-Staaten, bei dem weder eine Mehrheit für noch gegen Glyphosat zustande kam. Möglich wurde der Beschluss unter anderem deshalb, weil Deutschland, das sich bisher enthalten hatte, nunmehr für eine fünfjährige Verlängerung stimmte. Gegen Glyphosat votierten neben Österreich dem Vernehmen nach auch Frankreich, Italien, Belgien, Griechenland, Kroatien, Zypern, Luxemburg und Malta. Portugal enthielt sich. Insgesamt waren 18 Staaten dafür.

Glyphosat, das in der Landwirtschaft eingesetzt wird, steht im Verdacht, krebserregend zu sein. Die EU-Agenturen halten den Wirkstoff allerdings für unbedenklich.

„Der Schutz der Gesundheit der Menschen muss klar Vorrang gegenüber den Profitinteressen der Agrochemie-Lobby haben“, kritisierte die SPÖ-Europaabgeordnete Karin Kadenbach. Das EU-Parlament hatte verlangt, dass Glyphosat ab 15. Dezember 2022 europaweit verboten werden soll. Ursprünglich wurde eine Verlängerung um zehn Jahre von der Kommission vorgeschlagen. Die SPÖ will nun einen Antrag zum nationalen Glyphosat-Ausstieg erreichen.

„Jetzt muss die Bundesregierung Verantwortung übernehmen und in Österreich für einen Glyphosat-Ausstieg sorgen“, forderte Greenpeace Österreich. 523 Gemeinden wollen freiwillig auf Glyphosat verzichten. Alle Parlamentsparteien bis auf ÖVP und NEOS hätten öffentlich bereits ein Ende von Glyphosat gefordert. Global 2000 will rechtlich gegen die Entscheidung vorgehen.

Die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) will Glyphosat-Alternativen prüfen. (APA)



Der Unkrautvernichter darf weiter verkauft werden. Foto: Reuters

ÖBB wieder beim alten Caterer

Wien – Die ÖBB kehren für die Verpflegung von Reisenden in Fernzügen zum Gastronomen Josef Donhauser zurück. Er hatte schon bis 2012 das Bahn-Catering. Nun sei er auch aus der laufenden Ausschreibung als Bestbieter hervorgegangen, teilten die ÖBB am Montag mit. Der börsennotierte Groß-Caterer Do & Co verliert mit dem Auslaufen seines Vertrags Ende März 2018 den Auftrag.

Vorerst läuft eine zehntägige Einspruchsfrist, die noch

abzuwarten ist, bis die ÖBB den Zuschlag formal erteilen können. Aus dem Verfahren sei die don travel railcatering gmbh von Donhauser als Bestbieter hervorgegangen, heißt es in der Aussendung. Im April 2012 hatte Donhauser den Auftrag seiner damaligen Firma e-express an Do & Co abgeben müssen.

Die bisherigen Mitarbeiter von Henry am Zug werden vom neuen Catering-Betreiber übernommen. Details des künftigen Konzepts sol-

len nach dem Ende der Stillhaltefrist und der definitiven Zuschlagserteilung erfolgen.

Das Catering in den ÖBB-Zügen war in den vergangenen Jahren immer wieder problembehaftet. Vor allem der Umgang mit dem Personal stand bei Do & Co, aber auch bereits bei e-express in der Kritik. So beklagten im Jahr 2011 die Mitarbeiter von Donhauser schlechte Arbeitsbedingungen. 2012 wurde e-express von Do & Co abgelöst. Ende 2012 tauchten

auch dort Mitarbeiterverwürfe über nicht eingehaltene Ruhezeiten und schlechte Bezahlung der ungarischen Mitarbeiter auf.

Im Juli 2017 einigten sich die Sozialpartner und die ÖBB, dass Zug-Kellner Eisenbahner werden. Was zu einer deutlichen Besserstellung aller Beschäftigten führte.

Im Sommer ließen die ÖBB im überregionalen Verkehr Kundenbefragungen zu den Verpflegungswünschen an Bord durchführen. (APA, TT)



Bereits 1.000.000 Passagiere

früh wie noch nie im Jahr konnte der Flughafen Innsbruck gestern den millionsten Passagier verabschieden. Zum Vergleich: Im Vorjahr wurde der millionste Passagier erst zu Silvester verzeichnet. Angesichts der Moni- und AirBerlin-Pleiten freute sich Flughafenchef Marco Pernetta (Mitte links hinten) besonders über das mögliche Rekordjahr. Foto: Flughafen Innsbruck

Kurzmeldungen

Handel vor Rekordumsatz

Wien – Im österreichischen Einzelhandel herrscht momentan Optimismus. Heuer setzt sich ein Aufwärtstrend der ver-



Athesia übernimmt Funkhaus-Hälfte

Bozen – Das Südtiroler Medienhaus Athesia hat 50 Prozent der Anteile der

Zahlen im Netz soll sicherer werden

Brüssel – Die EU-Kommission will bargeldloses Bezahlen für Online-Ge-

Cerberus bleibt im Rennen um Alitalia

Rom – Bawag-Großaktionär Cerberus, Lufthansa und Easyjet: Unter diesen

Österreich zahlte weniger an die EU

Brüssel – Österreich war 2016 achtgrößter EU-Nettozahler, hat aber etwas